

HERBERT MAYER

Die Oktoberrevolution und die internationale Sozialdemokratie (1917-1940).

Stichpunkte

Die Oktoberrevolution stellte für die internationale Sozialdemokratie eine mehrfache Herausforderung dar: Im Gegensatz zu allen früheren Prognosen hatte eine Arbeiterpartei in einem rückständigen Land die Macht erobert; die russische Oktoberrevolution widersprach damit den bisherigen Prämissen sozialdemokratischer Theorie und Politik. Zudem standen die revolutionären Kampfmethoden und -formen der Bolschewiki den in der II. Internationale propagierten Methoden und Praxis entgegen. – Es verstärkte und beschleunigte sich der Differenzierungs- und Spaltungsprozeß in der Arbeiterbewegung international und in den einzelnen Ländern.

Die Revolution und die ihr folgende Entwicklung rückten Grundfragen der Strategie und der Politik von sozialistischen Parteien in den Mittelpunkt. Zu ihnen gehörten:

Bedingungen und Möglichkeiten einer sozialistischen Entwicklung; Demokratie und Diktatur;

Inhalt und Formen des Übergangs zum Sozialismus sowie das Verhältnis von Klasse, Partei, Staat und Führung.

Die internationale Sozialdemokratie nahm bis zum Zweiten Weltkrieg bzw. bis zum Ende der Existenz der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (SAI) 1940 nie eine einheitliche Haltung zur Oktoberrevolution und zur sowjetischen Entwicklung ein. Es dominierte die Ablehnung von Inhalten, Formen und Methoden der Machtübernahme durch die Bolschewiki wie auch der sowjetischen Entwicklung.

Die SAI stellte stets eigene Forderungen an die Sowjetunion, die auf eine Demokratisierung von Partei, Wirtschaft und Gesellschaft zielen sollten. In der politischen Praxis verbanden sich betonte Solidarität mit scharfer Kritik am bestehenden Gesellschaftssystem. Eng verknüpft mit der Haltung zur Sowjetunion und zu den Bolschewiki war die Stellung zu den kommunistischen Parteien.

Das Jahr 1917 und die internationale Sozialdemokratie

Die Oktoberrevolution wurde in der sozialdemokratischen Anhängerschaft, obwohl in der Regel detaillierte Kenntnisse fehlten, spontan und teilweise enthusiastisch begrüßt. Der Sturz der Regierung Kerenski und das Entstehen einer Sowjetmacht unter Führung der Bolschewiki ließen im Zusammenhang mit dem Dekret über den Frieden Sympathien entstehen und erweckten Hoffnungen auf ein baldiges Ende des Krieges. Die russische Revolution und ihre Bewertung führten zu einem Polarisierungsprozeß innerhalb der

Herbert Mayer – Jg. 1948, Historiker, Dr. sc. phil., Studium in Leipzig, Forschungs-, Publikations- und Editionsarbeiten zur Zeitgeschichte, besonders zur Geschichte der internationalen und deutschen Arbeiterbewegung, zum Verhältnis von sozialdemokratischer und kommunistischer Bewegung, zur Sozialistischen Arbeiter-Internationale und Sozialistischen Internationale; jüngste Veröffentlichungen nach 1945 und der SED.

sozialistischen Parteien. Diese Differenzierung war zugleich eingebunden in den Prozeß der Herausbildung kommunistischer bzw. revolutionär orientierter Parteien, von denen die deutlichsten und dauerhaftesten Sympathiebekundungen und Zustimmungen kamen. (Diese Positionen können im folgenden nicht weiter betrachtet werden.) Die internationale Sozialdemokratie stand zunächst an der Seite der russischen Revolution und erachtete die internationale Solidarität der Arbeiterparteien als notwendig. Die Aufmerksamkeit galt zunächst der Friedensfrage, doch traten noch vor Kriegsende soziale und gesellschaftliche Probleme der weiteren Entwicklung in den Vordergrund.

Die Oktoberrevolution wurde vielfach als Ouvertüre kommender Revolutionen gesehen und daher als ein Ereignis von weltgeschichtlicher Bedeutung bewertet. Von Anfang an gab es starke Kräfte, die die moralische Verurteilung der gewählten Formen und Wege in den Vordergrund stellten. Angesichts des Sieges der Revolution unter ungünstigen Bedingungen, den rückständigen Verhältnissen und der Übermacht des Gegners wurde von den sozialdemokratischen Führungskräften in der Regel ein baldiges Scheitern des »bolschewistischen Experiments« prophezeit. Doch setzten sich während der Interventions- und des Bürgerkrieges die Sozialdemokratie unter der Losung »Hände weg von Sowjetrußland« für die Verteidigung des Sowjetstaates ein.

Die sozialistischen Konferenzen 1919/20 – Differenzen über Rußland

Im Februar 1919 behandelte die Internationale Arbeiter- und Sozialistische Konferenz in Bern die Revolution in Rußland und die Politik der Bolschewiki kontrovers unter dem Tagesordnungspunkt »Demokratie und Diktatur«.¹ Die unterschiedliche Bewertung der Oktoberrevolution und Sowjetrußlands führte fast zur Spaltung der Konferenz und verhinderte zunächst die Einheit zwischen sozialdemokratischen und linkssozialistisch-zentristischen Parteien in einer einheitlichen Internationale. Die Mehrheit unterstützte die »Resolution Branting«, die faktisch die Revolution verurteilte. Sie wurde auch von Karl Kautsky und Eduard Bernstein unterstützt. Kautsky hatte als einer der ersten sozialdemokratischen Theoretiker seine Ablehnung der Oktoberrevolution und ihrer Folgen systematisch begründet (August 1918 »Die Diktatur des Proletariats«); Bernstein erklärte auf der Konferenz, daß die »Bolschewisten die Konterrevolutionäre« sind: »Das System der Bolschewiki ist ... der Tod der Errungenschaften der Revolution«.² Die von den zentristischen Parteien unterstützte »Resolution Adler-Longuet« lehnte obige Resolution ab, da sie sich »gegen jede wie immer geartete Brandmarkung der Zustände in der russischen Sowjet-Republik« verwahre, da diese durch die Bourgeoisie ausgenutzt werden könnte.³

Anknüpfend an vorhandene objektive Bedingungen, bestand weitgehend Einmütigkeit unter den sozialdemokratischen Parteien, daß die Oktoberrevolution und die durch sie eingeleitete Gesellschaftsveränderung etwas spezifisch Russisches seien, das für die Länder West- und Mitteleuropas nichts Allgemeingültiges vermitteln könne. Die Entwicklung des Sozialismus in einem

1 Vgl. II. Arbeiter- und Sozialistenkonferenz in Bern, 3. bis 10. Februar 1919, in: Die II. Internationale 1918/1919. Protokolle, Memoranden, Berichte und Korrespondenzen. Herausgegeben, eingeleitet und kommentiert von Gerhard A. Ritter, Berlin – Bonn 1980, S. 500ff.

2 Ebenda, S. 552; zu Kautsky, S. 545ff.

3 Ebenda, S. 533.

4 O. Bauer: Weltrevolution, Wien 1919, in: Otto Bauer: Werksausgabe, Wien 1976ff., Bd. 2, S. 182; vgl. weiter ders.: Der neue Kurs in Sowjetrußland, Wien 1921, in: Ebenda, v. a. S. 454 f.

5 Vgl. dazu und dem folgenden: Bericht vom Zehnten Internationalen Sozialistenkongreß in Genf. 31. Juli bis 5. August 1920, Brüssel 1921, v. a. die Resolution »Politisches System des Sozialismus«, S. 36 f.

6 Vgl. zum obigen, ebenda, S. 39 - 43.

7 Leitsätze, in: Protokoll der Internationalen Sozialistischen Konferenz in Wien vom 22. bis 27. Februar 1921, Wien 1921, S. 111.

8 Ebenda, S. 112.

rückständigen Land wie Rußland wurde für unmöglich gehalten. Der Österreicher Otto Bauer betrachtete zu dieser Zeit die Diktatur des Proletariats als eine »zeitlich und örtlich begrenzte Phase«⁴, als Durchgangsstadium zu bürgerlich-demokratischen Verhältnissen, um die Rückständigkeit und die zahlenmäßige Schwäche des Proletariats zu überwinden und so die Voraussetzungen für eine sozialistische Gesellschaft zu schaffen.

Das Wiedererstehen der II. (Londoner) Internationale

Die Genfer Sozialisten-Konferenz im Juli 1920, die faktisch die II. Internationale restaurierte, bekannte sich zur Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse, die aber nicht auf dem Wege der Diktatur erfolgen und auf Diktatur gründen könne.⁵ In Antithese zur russischen Entwicklung wurde als Hauptaufgabe einer Arbeiterregierung bestimmt, daß sie Demokratie und Sozialismus als fundamentale Grundlage verwirklichen müsse. Als Unterschied zwischen dem »kommunistischen System von Moskau« und »dem demokratischen System der zweiten Internationale« werteten die Konferenzteilnehmer die Verurteilung »von Gewalt und Terror als System« sowie die Betonung der »Notwendigkeit der Demokratie als politische Methode«. Den Bolschewiki wurde vorgeworfen, an die Stelle der Demokratie ein »System zaristischer Gewalt«, die Diktatur einer kleinen Minderheit, die Diktatur einer Clique gesetzt zu haben, die sich nur durch Terror aufrechterhalten lasse. Die Internationale lehne den Bolschewismus und das »russische Experiment der politischen Rätediktatur« entschieden ab und stehe »streng auf dem Boden der Demokratie«. Zugleich wurde auf die Sympathie vieler Arbeiter für Rußland verwiesen und erklärt, sich in die russischen Angelegenheiten nicht einzumischen. Verschiedene Delegierte forderten, nicht gegen den Bolschewismus Stellung zu nehmen, dies lehnte die Konferenz ab.⁶

Die Gründung der IASP

Nachdem die II. Internationale sich unter Ausschluß der Linken und Zentrumsparteien neu formiert hatte, fand im Februar 1921 die Gründungskonferenz der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien, der zentristischen Parteien, statt. Die Konzeption der IASP (und damit ihre Hoffnungen auf eine entscheidende Rolle bei der Vereinigung von II. und III. Internationale) beruhte darauf, daß die »verwirrende Mannigfaltigkeit der objektiven Bedingungen des Klassenkampfes die Hauptursache der Meinungsverschiedenheiten und Streitigkeiten innerhalb des internationalen Proletariats«⁷ wäre. Die Konferenz betonte daher die russische Spezifik und warnte vor einem schematischen Nachahmen und Verallgemeinern »der Methoden der russischen Bauern- und Arbeiterrevolution«.⁸ Diese Position war weitgehend durch Otto Bauer geprägt, der aus der Oktoberrevolution zugleich neue Möglichkeiten für die Arbeiterklasse und den Sozialismus ableitete. Neben der bekundeten Solidarität, Sowjetrußland mit aller Kraft gegen die internationale und russische Reaktion verteidigen zu wollen, trat die IASP für Wirtschafts- und diplomatische Beziehungen kapitalistischer Staaten mit Sowjetrußland ein.

Die drei Internationalen

Die Konferenz von II. Internationale, IASP und Komintern im April 1922 – sie verhandelte über einen Arbeiterweltkongreß als Schritt zur internationalen Arbeitereinheit – akzeptierte als gemeinsame Position, die Intervention kapitalistischer Regierungen gegen Sowjetrußland abzulehnen, plädierte »für die russische Revolution« und forderte die Aufnahme von politischen und wirtschaftlichen Beziehungen aller Staaten zu Sowjetrußland.⁹ Zugleich sollten eine internationale Untersuchung der Lage in Georgien erfolgen, im Moskauer Prozeß gegen 47 Sozialrevolutionäre Beobachter zugelassen und keine Todesurteile gefällt werden. Weitergehende Forderungen der II. Internationale, wie nach Selbstbestimmung für die Ukraine, Armenien und Georgien, wurden nicht aufrechterhalten.

9 Protokoll der internationalen Konferenz der drei internationalen Exekutivkomitees in Berlin vom 2. bis 5. April 1922, Wien 1922, dort v. a. Gemeinsame Erklärung der drei Exekutiven (S. 47).

Die Gründung der SAI

Auf der Gründungskonferenz der SAI im Mai 1923 traten zwischen verschiedenen sozialdemokratischen Parteien die Gegensätze, die in der Bewertung der sowjetrussischen Entwicklung weiter bestanden, deutlich hervor.¹⁰ Bauer, der in seinem Referat die gegenwärtige »bolschewistische Phase« der Revolution in Rußland kritisierte, hielt daran fest, daß die russische Revolution gegen konterrevolutionäre Interventionen verteidigt werden müsse. Er sprach den imperialistischen Regierungen das Recht ab, sich in »ihrem konterrevolutionären Kampf gegen die Sowjetregierung auf die Demokratie und Menschlichkeit zu berufen«, da Terror und Unterdrückung ihre eigenen Waffen seien. Abramowitsch, der die Revolution als »erfolgreiche Bauernrevolution« und »mißlungene proletarische Revolution« charakterisierte, stellte heraus, daß Rußland für die politische Herrschaft der Arbeiterklasse und den Sozialismus noch nicht reif sei; die »despotische Diktatur einer Partei« habe Rußland zu einer »Gefahr für die Demokratie und Freiheit der ganzen Welt« gemacht. Die von Abramowitsch entworfene Resolution »Über Rußland« verurteilte die Verfolgung von Sozialisten, bekundete Sympathie mit »allen sozialistischen Opfern des bolschewistischen Terrors« und forderte – die Sowjetregierung an »ihren proletarischen Ursprung« mahnend – einen »Verzicht auf das System der terroristischen Parteidiktatur und Übergang zum Regime der politischen Freiheit und der demokratischen Selbstverwaltung des Volkes«.¹¹

10 Zur Konferenz vgl. Protokoll des ersten Internationalen Sozialistischen Arbeiterkongresses Hamburg, 21. bis 25. Mai 1923, Berlin 1923; zu Bauer, S. 22ff., zu Abramowitsch, S. 32ff.

Die Parteien der IASP brachten in die SAI eine differenzierte, zwar solidarische, aber doch auch kritische Positionsbestimmung zur Oktoberrevolution und der auf ihr basierenden Entwicklung ein. Eine einstimmig angenommene Resolution zur internationalen Lage – maßgeblich von ihnen beeinflusst – lehnte wiederum jede Form der Intervention kapitalistischer Regierungen gegen die Sowjetunion ab und forderte die Aufnahme von diplomatischen und Wirtschaftsbeziehungen zur Sowjetunion.

11 Beschlüsse des Internationalen Sozialistischen Arbeiterkongresses in Hamburg, 21. bis 25. Mai 1923, Berlin 1923, S. 14; zur nachfolgend genannten Resolution (mit vollem Titel »Der internationale Kampf gegen die internationale Reaktion«) ebenda, S. 12.

Diktatur und Demokratie. Die SAI-Kongresse 1925 und 1928

Kautsky hatte in seinem im Mai 1925 veröffentlichten Memorandum »Die Internationale und Sowjetrußland« jede Solidarität mit

12 K. Kautsky: Die Internationale und Sowjetrußland, Berlin 1925.

13 Die Diskussion wurde insbesondere in der theoretischen Zeitschrift der österreichischen Sozialdemokratie, »Der Kampf«, geführt.

14 Zweiter Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale in Marseille, 22. bis 27. August 1925, Berlin 1925, u. a. S. 331ff., 362ff.; Der Kampf (Wien), 8-9/1925.

15 O. Bauer: Der Kongreß in Marseille, in: Der Kampf, 8-9/1925, zit. nach Werksausgabe, Bd. 9, S. 102.

Sowjetrußland abgelehnt und direkt Aufstände befürwortet. Er sah in der Sowjetmacht den gefährlichsten Feind des Proletariats, schlimmer noch als das infame Regime Horthys in Ungarn und Mussolinis in Italien. Sie könne wie jeder Militärdespotismus nur durch Gewalt abgelöst werden, die SAI dürfe daher nicht von vornherein jeden Aufstand als konterrevolutionär verurteilen und ihren Mitgliedern nicht verbieten, an solchen teilzunehmen.¹²

In der Presse und auf dem Marseiller SAI-Kongreß 1925 traten u.a. T. Dan (Menschewiki), O. Bauer und S. Kunfi (Ungarn) gegen Kautsky und für das Beibehalten der Losung »Hände weg von Sowjetrußland« auf.¹³ Bauer kehrte hervor, wer wie Kautsky Aufstände in Rußland befürworte, werde zu einem »Werkzeug der kapitalistischen Mächte.« Kautskys Position, unterstützt von den Delegierten der georgischen Mitgliedspartei der SAI und den Sozialrevolutionären, konnte sich gegen Bauer, flankiert von den Menschewiki, nicht durchsetzen und fand in der SAI keine Zustimmung.¹⁴ Für Bauer wurde die erstmals im Frühjahr 1920 in der Arbeit »Bolschewismus oder Sozialdemokratie« formulierte Auffassung immer bestimmender, daß Rußland zum Schauplatz der gewaltigsten proletarischen Revolution geworden ist, daß erstmals der Versuch unternommen werde, die kapitalistische Organisation der Gesellschaft zu zertrümmern und eine sozialistische Gesellschaftsordnung aufzubauen. Er betrachtete die Bolschewiki als eine vom Proletariat gestützte, »unzweifelhaft revolutionäre und sozialistische Partei«; aus der Gemeinschaft des Sozialismus gehe daher trotz aller Gegensätze »eine relative Gemeinschaft der Interessen hervor.«¹⁵ Seit Mitte der zwanziger Jahre hielt er eine sozialistische Entwicklung der Sowjetunion für möglich, die mit allmählicher Demokratisierung in Wirtschaft und Politik einhergehen müsse.

Bauer und die sich um ihn gruppierenden Kräfte sahen in der bolschewistischen Theorie und Praxis eine den russischen Bedingungen entsprechende Variante marxistischen Denkens und Handelns, die nicht auf die west- und mitteleuropäische Arbeiterbewegung übertragen werden dürfe. Sein Gegenspieler in der SAI war oft Karl Kautsky, der aber mit seiner häufig extrem antisowjetischen Position die SAI weit weniger zu beeinflussen vermochte als Bauer mit seinen differenzierten Einschätzungen. Zugleich einte die in der SAI dominierenden Kräfte mit Kautsky die Auffassung, daß die Theorie und Praxis der Bolschewiki eine Abweichung vom Marxismus bedeute, nicht den unterentwickelten Kampfbedingungen entspreche und daß in Sowjetrußland keine Voraussetzungen des Übergangs zum Sozialismus bestünden.

Die Sowjetunion als potentielle Kriegsgefahr

Auf dem Marseiller Kongreß der SAI zeigte sich beim Tagesordnungspunkt »Kriegsgefahr im Osten«, daß die SAI zu keiner einheitlichen Stellungnahme zum Bolschewismus in der Lage war. Eine Resolution unterstellte der Sowjetunion und der Komintern, »die Befreiung der Arbeiter ihnen auf den Spitzen der Bajonette siegreicher roter Armeen« bringen zu wollen, und »daß es eines neuen Weltkriegs bedürfe, um die Weltrevolution

herbeizuführen«. ¹⁶ Einer Minderheit von 12 Parteien war dies zu schwach, sie hätte »eine stärkere Betonung, ein stärkeres Wort gewünscht zur Kennzeichnung dieser Gefahr«. ¹⁷ Zugleich wurde dem linken Flügel der britischen Labour vorgeworfen, dem Bolschewismus unkritisch gegenüberzustehen und unbewußt die Geschäfte der bolschewistischen Kriegsvorbereitung zu besorgen. Die Bevölkerung der Sowjetunion forderte der Kongreß auf, der aggressiven Politik der eigenen Regierung entgegenzutreten und sich für eine Demokratisierung des Regimes einzusetzen, nur durch den Abbau der Diktatur könne die Kriegsgefahr gemindert werden. Auch später, so auf dem Kongreß 1928, bekräftigte die SAI diese Position. ¹⁸ Als Herde der Kriegsgefahr galten nur Länder ohne Demokratie, wie Italien und Sowjetrußland. Damit hatte die SAI die Problematik Demokratie oder Diktatur verkürzt auf die Frage Frieden oder Krieg übertragen – tendenziell bedeutete dies, Demokratie mit Frieden, Diktatur mit Kriegsgefahr zu identifizieren.

Im Zeichen des Totalitarismus

Auf dem Kongreß der SAI 1928 dominierte unter dem Tagesordnungspunkt »Die weltpolitische Lage und die internationale Arbeiterklasse«, Faschismus und Bolschewismus faktisch gleichzusetzen. ¹⁹ Der Kommunismus wurde als Feind und nicht als Bundesgenosse betrachtet. Der Italiener Turati erklärte z.B., der Faschismus sei der Plagiator des Bolschewismus, nicht nur die Reaktion auf den Bolschewismus, sondern das Wesen des Bolschewismus selbst. In der Resolution des Kongresses beschloß die SAI, »mit aller Kraft« gegen die Diktatur zu kämpfen, »welche Gestalt immer diese Diktatur annehme«. Auch nach 1933, sowohl unmittelbar nach Hitlers Machtantritt und verstärkt wieder seit den Moskauer Prozessen, blieb diese Position dominierend. So schrieb im Sommer 1933 der damalige SAI-Präsident Vandervelde (Belgien), daß der totale Staat Hitlers zu denselben Konsequenzen führe wie der totale Staat Stalins oder Mussolinis. ²⁰ Durch das Totalitarismus-Schema verstellte sich die SAI vielfach den Blick auf die faschistische Gefahr.

Nationale Frage und Selbstbestimmung

Die Forderung nach Selbstbestimmung für die Völker Sowjetrußlands, ausgelöst durch die Ereignisse in Georgien, wurden nach der Konferenz der drei Internationalen von 1922 in der SAI – so in den Resolutionen zu Armenien oder zu Georgien vom Februar 1924 – permanent vertreten. Georgien galt der SAI als das »erste Opfer des Sowjetimperialismus«. ²¹ In Resolutionen forderte die SAI-Exekutive im Mai 1930 »das uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht aller Nationen, die derzeit in der Sowjetunion vereinigt sind«. Gleichzeitig verlangte die SAI von ihren Mitgliedsparteien, durch den Kampf »für ihre nationalen Ziele« nicht allgemeine Interessen der Arbeiterbewegung, der Demokratie und des Friedens zu gefährden. Das Entstehen eines weißen konterrevolutionären Regimes sei ebenso zu verhindern wie eine wirtschaftliche Desorganisation, Bürgerkrieg oder ein Bündnis mit konterrevolutionären, ausländischen Kräften.

16 Zweiter Kongreß..., S. 363.

17 Ebenda, S. 341.

18 Dritter Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Brüssel, 5. bis 11. August 1928, Zürich 1928, Bd. 2, S. IX 3, 6 f.

19 Vgl. dazu und dem folgenden ebenda, S. VI 48ff., 114ff.; zu Turati auch S. VII 49, zur Resolution S. IX 6.

20 E. Vandervelde: Die nächsten Aussichten der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, in: Der Kampf, 8-9/1933.

21 Zweiter Kongreß..., S. 43; zum folgenden Vierter Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Wien, 25. Juli bis 1. August 1931, Zürich 1932, S. 92 f., 94, 131.

Der erste Fünfjahrplan

Der erste sowjetische Fünfjahrplan wurde in der SAI unterschiedlich bewertet, eine offizielle Stellungnahme vermied sie. Doch dominierte die Ansicht, daß er eine Illusion sei, unvermeidlich scheitern müsse und keinesfalls zu einem sozialistischen Aufbau führen könne. Kautsky attackierte die Sowjetunion und den Fünfjahrplan scharf in seiner Arbeit »Der Bolschewismus in der Sackgasse«, in der er von einer »faschistischen Entartung des Bolschewismus« sprach und den Standpunkt der SAI kritisierte.²² In der Sowjetunion gebe es keine Revolution mehr zur verteidigen, der Bolschewismus sei selbst die Konterrevolution. Kautskys Angriffe, unterstützt u.a. von den Exil-Menschewiki Abramowitsch und Jugow, richteten sich in der SAI zugleich an die Adresse Otto Bauers.

Bauer hatte (vor allem in »Rationalisierung und Fehlrationalisierung« 1931) im Fünfjahrplan ein wichtiges Element eines sozialistischen Aufbauwerks erblickt – jeder Fortschritt trage zum Gelingen des Sozialismus bei und stärke die Arbeiterklasse. Bauer zeigte sich beeindruckt von wirtschaftlichen Erfolgen des Plans, von der Industrialisierung, der Kollektivierung und dem steigenden Lebensniveau. In den angewandten Formen und Methoden, einer »terroristischen Diktatur«, der forcierten Entwicklung und des Beschränkens von Freiheitsrechten sah er große Gefahren. Die britische Unabhängige Arbeiterpartei (ILP) feierte auf ihrer Jahreskonferenz 1931 den Plan als Erfolg. Noch prononcierter forderte der österreichische Linkssozialist Max Adler, die russische Revolution zur Sache der Sozialdemokratie zu machen.²³

Eine Zwischenposition nahm der Sekretär der SAI, Friedrich Adler ein, der im Fünfjahrplan vor allem ein Nachholen der ursprünglichen Akkumulation sah, die auf Kosten der Bauernschaft zum Staatskapitalismus und nicht zum Sozialismus führe. Die Sowjetunion sei in einer politischer Zwangslage, da die erhoffte Weltrevolution gescheitert sei. Er schätzte ein, daß die Mehrheit der SAI auf dem Standpunkt stehe, daß »unter und trotz aller gegebenen Umstände die Erhaltung und Förderung der Sowjetunion unsere Pflicht«²⁴ sei; ein negativer Ausgang des bolschewistischen Experiments würde sich auch für die Sozialdemokratie negativ auswirken.

Aktionseinheit, Faschismus und Sowjetunion

Die Einschätzung der Sowjetunion stand in engem Zusammenhang mit der Haltung der Sozialdemokratie gegenüber den kommunistischen Parteien. Das zeigte sich exemplarisch besonders in den Jahren 1933 - 1935. Unter dem Eindruck der faschistischen Offensive kam es in diesen Jahren zu verschiedenen Kontakten und Angeboten einer Zusammenarbeit von Komintern und SAI.²⁵ Schließlich willigte die SAI-Führung – nach vorherigem Verbot und bei weiterer Ablehnung eines Zusammenwirkens von SAI und Komintern – ein, daß ihre Mitgliedsparteien über eine Aktionsgemeinschaft selbst entscheiden sollten. Zu den Bedenken gehörten vor allem, daß für die Kommunisten die Einheitsfront nur ein Manöver sein könne und sie im Interesse sowjetischer (außenpolitischer)

22 K. Kautsky: Der Bolschewismus in der Sackgasse, Berlin 1930; A. Jugow: Der Fünfjahrplan, Berlin 1931; R. Abramowitsch: Revolution und Konterrevolution in Rußland, in: Die Gesellschaft (Berlin), 12/1930; vgl. zur Diskussion auch weitere in der SPD-Zeitschrift »Die Gesellschaft« veröffentlichte Beiträge dieser Zeit.

23 Vgl. Zum obigen O. Bauer: Kapitalismus und Sozialismus nach dem Weltkrieg. Erster Band. Rationalisierung – Fehlrationalisierung, Wien 1931 (abgedruckt in Werksausgabe, Bd. 3) ; M. Adler: Zur Diskussion über Sowjetrußland, in: Der Kampf, 5/1932, 7/1932.

24 F. Adler an K. Kautsky, in: Der Kampf, 1/1933, S. 61.

25 Grundsatzdebatten, um ihre Haltung zu den Kommunisten festzulegen, führten die Führungsgremien der SAI im Februar/März 1933, (auf der Pariser Konferenz der SAI) im August 1933, im Mai und November 1934 sowie im August und Oktober 1935.

Interessen agierten. Die Motive jener Kräfte in der SAI, die national oder international für eine Aktionseinheit mit Kommunisten sowie für ein Bündnis westeuropäischer sozialdemokratischer Parteien (insbesondere der britischen Labour Party und der französischen SFIO) mit der Sowjetunion, für eine »Einheitsfront in der Weltpolitik« eintraten, richteten sich darauf:

die Kriegsgefahr über alle Gegensätze hinweg zu bekämpfen und einen neuerlichen Weltkrieg zu verhindern;
 die russische Revolution zu verteidigen;
 den Kampf gegen den internationalen und vor allem den deutschen Faschismus erfolgreich zu führen.

Ihre Position resultierte daraus, daß sie einerseits von Faschismus, Krieg und Reaktion ausgehende Gefahren erkannten, andererseits – namentlich die Linkssozialisten unter ihnen – in dieser Zeit die Sowjetunion als »Bollwerk« der internationalen Arbeiterbewegung und entscheidenden Faktor zum Eindämmen der Kriegsgefahr und zur Überwindung des Faschismus sahen.

Falls der Krieg trotzdem ausbrechen sollte...

Vom Sommer 1935 bis Herbst 1936 fand in der SAI eine Debatte über ihre Haltung im Kriegsfall statt, die zwangsläufig auch die Stellung zur Sowjetunion thematisierte. Die von O. Bauer, T. Dan und J. Zyromski verfaßten Thesen »Die Internationale und der Krieg« nahmen zum Ausgangspunkt, daß dem Gesamtinteresse des Proletariats alle nationalen Sonderinteressen unterzuordnen seien, ein Bündnis und die Überwindung der Gegensätze zwischen dem demokratischen Sozialismus des Westens und dem revolutionären Sozialismus des Osten notwendig wäre. Sie bekannten sich vorbehaltlos zur Verteidigung der Sowjetunion, standen damit aber fast isoliert.²⁶ Der Franzose Blum wollte keine vorherige Festlegung für den Kriegsfall, lehnte auch eine unbedingte Unterstützung der Sowjetunion ab, weil nicht nur ein Krieg Deutschlands gegen die Sowjetunion denkbar sei. Die dänische und die niederländische Partei wandten sich dagegen, daß die Arbeiterklasse sich im Kriegsfall unbedingt auf die Seite der Sowjetunion stellen müsse, dafür sie kein »so unbeschränktes Vertrauen in die Politik Sowjetrußlands bestehe« und in einem Krieg zu den Verbündeten der Sowjetunion das faschistische Deutschland und Italien zählen könnten. Die georgischen und ukrainischen Emigrantenparteien, die der SAI angehörten, lehnten jegliche Unterstützung für die Sowjetunion ab. Die SAI fand keine einheitliche Linie, welche Position ihre Mitgliedsparteien im Kriegsfall (und insbesondere gegenüber der Sowjetunion) einnehmen würden.

Die Moskauer Prozesse

Die Moskauer Prozesse stellten eine schwere Belastung dar: Die Gegner einer Aktionseinheit sahen sich bestätigt, für die Befürworter der Einheitsfront türmten sich neue Zweifel und Hindernisse auf. Die Prozesse behinderten eine Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, die in einigen Ländern zögerlich begonnen hatte, und verstärkten eine ablehnende Haltung gegenüber der Sowjetunion, wobei das volle Ausmaß der

26 Vgl. O. Bauer, T. Dan, J. Zyromski: Die Internationale und der Krieg. Wien 1935; L. Blum: Die Internationale und der Krieg, in: Circular 93/35 (Brüssel); Circular 56/36.

Repressalien, Verfolgungen und Verbrechen nicht bekannt war. Sie lösten eine scharfe Welle der Kritik sozialdemokratischer Parteien aus; deren Protest richtete sich auch gegen die kommunistischen Parteien ihrer Länder, die die Prozesse rechtfertigten. Die SAI und ihre Parteien waren aber – im Unterschied zu den Prozessen gegen Menschewiki und Sozialrevolutionäre in früheren Jahren – nicht dazu bereit, sich für die Verteidigung der Angeklagten zu engagieren. Die SAI-Exekutive bedauerte im September 1936 in einer Erklärung die Prozesse, verlangte Garantien für einen juristisch einwandfreien Ablauf und den Verzicht auf Todesstrafen.²⁷

Nur vereinzelt gab es – so aus den Reihen deutscher und österreichischer Linkssozialisten – Bewertungen, daß die stalinistischen Säuberungen nicht das Wesen der sowjetischen Gesellschaft betreffen; doch auch solche Auffassungen verurteilten den stalinschen Terror.

Weitgehende Einigkeit bestand darin, so auch in Stellungnahmen vom Vorsitzenden der SAI, L. Brouckère, oder von O. Bauer, die Richtigkeit der in den Prozessen gegen Kamenew, Radek, Bucharin, hochrangige Militärführer und andere führende Partei- und Staatsfunktionäre vorgebrachten Anklagen des Staatsanwaltes zu bezweifeln und die Selbstbeschuldigungen der Angeklagten nicht zu glauben.

Otto Bauer konstatierte dennoch, daß der sozialistische Aufbau in der Sowjetunion vollkommener sei, als er 1931 erwartet habe, was auch die Ansichten über die Wege zum Sozialismus beeinflussen müsse.²⁸ In seiner Arbeit »Zwischen zwei Weltkriegen« und in einem Artikel zum 20. Jahrestag der Oktoberrevolution hob er die soziale Revolution in Rußland als weltgeschichtlich bedeutend hervor, da Kapital und Großgrundbesitz enteignet worden, eine gewaltige Industrie entstanden, die Bauernwirtschaft kollektiviert, der Analphabetismus zurückgedrängt und das Kulturniveau gehoben worden seien. Dabei zeichnete er kein idealisiertes Bild der sowjetischen Gesellschaft, sondern verurteilte den Stalinismus und seine Erscheinungsformen. Bauer beklagte, daß sich die Diktatur des Proletariats zur »persönlichen Diktatur eines Mannes« deformiert habe, hielt dies aber für eine vorübergehende Erscheinung, die das Fundament des Sozialismus nicht antaste. Für ihn blieb die Kritik an der Sowjetunion eine »Kritik innerhalb der Gemeinschaft des Sozialismus, auf dem gemeinsamen Boden des Sozialismus.« Gegen die kapitalistisch-faschistische Welt sei die Sowjetunion weiterhin der mächtigste Bundesgenosse und die stärkste Bürgschaft des Sieges. »Wie immer wir uns über die inneren Probleme des Sozialismus mit ihr auseinandersetzen: Gegen die Welt des Kapitalismus und des Faschismus, gegen jeden Angreifer, der sie bedroht, muß das Proletariat der Welt zu ihr stehen – vorbehaltlos, bedingungslos, entschlossen, sie zu verteidigen und zum Siege zu führen«²⁹. Vom Gelingen des sozialistischen Aufbaues in der Sowjetunion hänge die Zukunft des Weltsozialismus ab. Im »integralen Sozialismus« müsse ein Sozialismus auf höherer Ebene entstehen; er sollte die kommunistische und sozialdemokratische Strömung einen, in sich sowohl reformistischen als auch revolutionären Sozialismus aufnehmen.

27 Vgl. Internationale Information (Brüssel), 29.9.1936, S. 319; Mitteilungen über die Lage der politischen Gefangenen (Brüssel), 21.8., 25.8., 20.10.1936, S. 45, 47, 55ff., 22.1. 1937, S. 2

28 O. Bauer: Zwischen zwei Weltkriegen? Die Krise der Weltwirtschaft, der Demokratie und des Sozialismus, Bratislava 1936, in: Werksausgabe, Bd. 4; O. Bauer: Nach zwanzig Jahren, in: Der Kampf, 11/1937, in: Werksausgabe, Bd. 9, S. 782ff.

29 O. Bauer: Nach zwanzig Jahren, ebenda.

Der Nichtangriffspakt und das Ende der SAI

Im Januar 1939 debattierte die SAI-Exekutive nochmals über Demokratie und Diktatur, gegensätzliche Positionen waren deutlich festgefahren. Der Franzose Zyromski betrachtete eine Diktatur des Proletariats für historisch erforderlich, um den Widerstand des Kapitalismus zu brechen. Friedrich Adler hielt sie hingegen nur unter bestimmten Bedingungen für gerechtfertigt. Albarda, Gillies und Hilferding leiteten aus den Erfahrungen seit 1917 ab, daß auch in einer Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus keine Notwendigkeit für eine Diktatur bestünde, zumal auch eine Übergangsdiktatur nicht zur Demokratie führe.

Der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt von August 1939 verstärkte unter den Sozialdemokraten die seit den Terror-Prozessen angewachsene Kritik an der Sowjetunion. Der Vertrag stieß auf Unverständnis und Ablehnung. In den sozialdemokratischen Parteien wurden Kampagnen geführt, die auch Vertreter linker Parteiflügel einschlossen, die bisher nachdrücklich für ein Bündnis mit der Sowjetunion eingetreten waren. Die SPD-Führung sah sich in ihrer Ablehnung jeglicher Kontakte zu Kommunisten und ihrer Einschätzung der Sowjetunion als totalitäre Diktatur bestätigt.

Die SAI-Führung nahm weder zum Nichtangriffsvertrag noch zum Kriegsausbruch Stellung. Als sie im Februar 1940 zu ihrer – letzten – Exekutivtagung zusammenkam, machte sie kaum einen Unterschied zwischen der Sowjetunion und Deutschland, beide Diktaturen bedeuteten Krieg.³⁰ Bereits handlungsunfähig, da über alle grundsätzlichen Fragen der internationalen Politik zerstritten und faktisch bereits zu einem »Informationsbüro« demissioniert, trat die SAI für eine klare Abgrenzung gegenüber der Sowjetunion ein. Der Einmarsch deutscher Truppen im Mai 1940 in Belgien, wo zuletzt die Exekutive der SAI ihren Sitz hatte, brachte das Ende der SAI.

Beim Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion im Juni 1941 existierte sie nicht mehr. Sozialdemokratische Stellungnahmen zur Sowjetunion beschäftigten sich nun vor allem mit der weiteren Rolle der Sowjetunion im Krieg und bei der Gestaltung einer Nachkriegsordnung – größtenteils mit ablehnendem Tenor. – Der Streit um Schlüsselfragen, der erstmals bei der Einschätzung der Oktoberrevolution und der Sowjetunion ausgebrochen war, brach nicht ab. Demokratie oder Diktatur, Weg und Wesen einer sozialistischen Gesellschaft, Möglichkeit und Unmöglichkeit der Zusammenarbeit mit kommunistischen Parteien standen unter historisch neuen Bedingungen auf neue Weise erneut auf der Tagesordnung.

30 Internationale Information, 18. 1. 1939, S. 15ff., Dokumente und Diskussionen, 3/1939, S. 32ff.